REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten;

Nach Beratung,

65256/4

Beschließt:

Der Ministerpräsident wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
27-09-2019
RAAD VAN STATE
WETGEVING

DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE AUSÜBUNG GEWISSER ZUSTÄNDIGKEITEN DER WALLONISCHEN REGION IM BEREICH DER ENERGIE DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret wird die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energie an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	7

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Die Übertragung bestimmter Zuständigkeiten der Wallonischen Region auf die Deutschsprachige Gemeinschaft ist auf das Bestreben Letzterer zurückzuführen, Politiken und Maßnahmen im Energiebereich an die demografischen und kulturellen Merkmale des deutschen Sprachgebiets anzupassen.

Nichtsdestoweniger haben die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft aus pragmatischen Gründen und mit Blick auf die effiziente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips beschlossen, den Umfang der Übertragung der Zuständigkeiten im Energiebereich auf Politiken zu begrenzen, die auf die Förderung der mit erneuerbaren Energiequellen erzeugten Wärme sowie die Unterstützung für mehr Energieeffizienz und rationelle Energieverwendung – insbesondere über deren Bezuschussung – abzielen.

Demgemäß wird zur Vermeidung einer übermäßigen Regulierung vereinbart, dass die wallonischen Rechtsvorschriften für den Energiesektor auf dem gesamten wallonischen Hoheitsgebiet, einschließlich des deutschen Sprachgebiets, weiterhin zur Anwendung kommen.

Mit einem Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden folgende Modalitäten festgelegt:

1. die Definition der jeweiligen Beiträge und Verpflichtungen der beiden Entitäten;
2. die Gewährleistung der Kohärenz der Strategien, Politiken und Maßnahmen, die den beiden Entitäten obliegen;
3. die Organisation und die Verfassung der Pläne und Berichte, die für die Europäische Union oder die Organisation der Vereinten Nationen bestimmt sind;
4. die Bestimmung der anwendbaren Strafen im Falle einer Nicht-Beachtung der jeweiligen Beiträge und Verpflichtungen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Gegenstand des vorliegenden Artikels sind die verschiedenen Zuständigkeiten, die bis dato von der Wallonischen Region im Energiebereich ausgeübt und auf die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen werden.

Das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft üben künftig die Zuständigkeiten der Wallonischen Region im deutschen Sprachgebiet in folgenden Bereichen aus:

1. Gewährung von Zuschüssen für Haushalte zur Förderung von aus erneuerbaren Quellen erzeugter Wärme;
2. Gewährung von Zuschüssen für juristische Personen öffentlichen Rechts und nichtkommerziellen Einrichtungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen erzeugter Wärme;
3. Gewährung von Zuschüssen für Haushalte mit moderatem Einkommen im Hinblick auf die Verwirklichung von Energieeinsparungen;
4. Gewährung von Zuschüssen für Haushalte im Hinblick auf die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Wohnung;

5. Gewährung von Zuschüssen für juristische Personen öffentlichen Rechts und nichtkommerziellen Einrichtungen im Hinblick auf die Förderung der rationellen Energienutzung oder der erneuerbaren Energien;
6. Gewährung von Zuschüssen für Energieaudits von Wohnungen.

Artikel 2

In diesem Artikel wird klargestellt, dass die Übertragung der Zuständigkeiten weder die Übertragung von Gütern noch von Personalmitgliedern mit sich bringt.

Artikel 3

In diesem Artikel werden die Modalitäten für die Dotation klargestellt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Wallonischen Region bezüglich der Übertragung der Ausübung der unter Artikel 1 genannten Zuständigkeiten gewährt wird.

Die Dotation wird ab 2020 im Haushalt der Wallonischen Region verankert und auf einen Erstbetrag von 915.815 Euro festgelegt; dieser Betrag wird jährlich an die Schwankungsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betreffenden Haushaltsjahres und 55% des realen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts des betreffenden Haushaltsjahres angeglichen.

Die Dotation wird spätestens am ersten Werktag des Monats Mai im jeweiligen Jahr gezahlt.

Wird diese Frist überschritten, hat die Deutschsprachige Gemeinschaft nach entsprechender Unterrichtung der Wallonischen Region das Recht, bei einem zuvor in Absprache mit der Wallonischen Region ausgewählten Kreditinstitut ein Darlehen aufzunehmen. Die Konditionen dieses Darlehens müssen Gegenstand einer zuvor zwischen den Regierungen und dem betreffenden Kreditinstitut geschlossenen Vereinbarung sein.

Das Darlehen wird von Rechts wegen von der Wallonischen Region garantiert, und der Schuldendienst in Zusammenhang mit diesem Darlehen geht direkt auf die Wallonische Region über.

Artikel 4

Die Deutschsprachige Gemeinschaft übernimmt die Rechte und Pflichten der Wallonischen Region hinsichtlich der unter Artikel 1 genannten Bereiche, darunter auch Rechte und Pflichten, die aus laufenden und künftigen Gerichtsverfahren erwachsen. Bei Rechtsstreitigkeiten können die Wallonische Region oder die Deutschsprachige Gemeinschaft je nach Fall dem Verfahren beitreten oder in dieser Sache an die Vorgänger- bzw. Nachfolgeinstanz herantreten.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft beteiligt sich ebenfalls an der Erreichung der gegenwärtigen und künftigen europäischen Ziele im Energie- und Klimabereich. Dabei hält sie sich ebenfalls an die Pflichten in Bezug auf Umsetzung, Planung, Überwachung, Überprüfung der Wirkung und die hieraus erwachsende Berichterstattung. Die Aufteilung der Ziele wird in einem Zusammenarbeitsabkommen festgeschrieben.

Die den Zielen entsprechenden Richtlinien sind unter anderem:
- Energie-Klima-Paket „20-20-20"-Ziele bis 2020;
- Pariser Übereinkommen UNFCCC – COP 21 im Bereich der Klimafolgen;

- Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und darüber hinaus, darunter insbesondere die Governance-Verordnung 2030, einschließlich der Energie- und Klimaaktionspläne und ihrer zweijährlichen Überwachung;
- Fahrplan für den Übergang zu einer CO2-armen Wirtschaft bis 2050;
- Überarbeitete Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU, insbesondere im Wohn- und Dienstleistungssektor;
- Überarbeitete Richtlinie 2010/31 EU über die Energieeffizienz von Gebäuden, insbesondere über die Strategie zur Sanierung des wallonischen Gebäudebestands;
- Überarbeitete Richtlinie 2009/28/EG über Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere für Wärme aus erneuerbaren Energien;
- Jegliche sonstigen bestehenden oder künftigen Maßnahmen oder Rechtsvorschriften, die mit Energieeffizienz und Wärme aus erneuerbaren Energien in Wohn- und Bürogebäuden zusammenhängen.

Artikel 5

Mit einem Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden folgende Modalitäten festgelegt:

1. die Definition der jeweiligen Beiträge und Verpflichtungen der beiden Entitäten;
2. die Gewährleistung der Kohärenz der Strategien, Politiken und Maßnahmen, die den beiden Entitäten obliegen;
3. die Organisation und die Verfassung der Pläne und Berichte, die für die Europäische Union oder die Organisation der Vereinten Nationen bestimmt sind;
4. die Bestimmung der anwendbaren Strafen im Falle einer Nicht-Beachtung der jeweiligen Beiträge und Verpflichtungen.

Artikel 6

Durch diesen Artikel wird das Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets auf den 1. Januar 2020 festgelegt – gleichwohl mit der Maßgabe, dass das Wallonische Parlament ein am selben Tag in Kraft tretendes identisches Dekret verabschiedet.

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energie durch die Deutschsprachige Gemeinschaft

Artikel 1 – Die Deutschsprachige Gemeinschaft übt im deutschen Sprachgebiet die folgenden Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energiepolitik aus:

1. bezüglich Artikel 6 §1 VII. Absatz 1 Buchstabe f) des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, nachstehend das Sondergesetz genannt:

a) die den Haushalten gewährten Zuschüsse im Hinblick auf die Förderung von aus erneuerbaren Quellen erzeugter Wärme;

b) die den juristischen Personen öffentlichen Rechts und den nicht-kommerziellen Einrichtungen gewährten Zuschüsse im Hinblick auf die Förderung von aus erneuerbaren Quellen erzeugter Wärme;

2. bezüglich Artikel 6 §1 VII. Absatz 1 Buchstabe h) des Sondergesetzes:

a) die den Haushalten mit moderatem Einkommen gewährten Zuschüsse im Hinblick auf die Verwirklichung von Energieeinsparungen;

b) die den Haushalten gewährten Zuschüsse im Hinblick auf die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Wohnung;

c) die den juristischen Personen öffentlichen Rechts und den nicht-kommerziellen Einrichtungen gewährten Zuschüsse im Hinblick auf die Förderung der rationellen Energienutzung oder der erneuerbaren Energien;

d) die Zuschüsse für Energieaudits von Wohnungen.

Das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft üben die Zuständigkeiten der Wallonischen Region aus, die mit der Angelegenheit zusammenhängen, auf die sich Absatz 1 bezieht.

Art. 2 – Die Übertragung der Ausübung der Angelegenheiten, auf die sich Artikel 1 bezieht, erfolgt ohne Übertragung von Gütern und ohne Übertragung von Personal.

Art. 3 – §1 – Bezüglich der Übertragung der in Artikel 1 angeführten Angelegenheiten wird der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine ab dem Jahr 2020 im Haushalt der Wallonischen Region eingetragene jährliche Dotation gewährt.

§2 – Der Grundbetrag der in §1 erwähnten jährlichen Dotation entspricht einem Betrag von 915.815 Euro.

§3 – Ab dem Haushaltsjahr 2021 wird der für das vorangegangene Haushaltsjahr zugewiesene Betrag jährlich gemäß den in Artikel 33 § 2 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen festgelegten Modalitäten der Schwankungsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindexes des betreffenden Haushaltsjahres und 55% des realen Wachstums des Bruttoinlandprodukts des betreffenden Haushaltsjahres angeglichen.

§4 – Die jährliche Dotation wird spätestens am ersten Werktag des Monats Mai des betreffenden Jahres überwiesen.

§5 – Falls die in §4 festgelegte Frist überschritten wird, ist die Deutschsprachige Gemeinschaft berechtigt, nach Mitteilung dieses Sachverhalts an die Wallonische Region ein Darlehen bei einem vorher im Einverständnis mit der Wallonischen Region benannten Kreditinstitut aufzunehmen.

Diese Anleihe wird von Rechts wegen durch die Wallonische Region garantiert. Der Finanzmodus dieser Anleihe ist Gegenstand eines allgemeinen Vertrages, der vorher zwischen den Regierungen und dem betreffenden Kreditinstitut geschlossen wird.

Der Schuldendienst dieser Anleihe geht direkt zu Lasten der Wallonischen Region.

Art. 4 – Die Deutschsprachige Gemeinschaft übernimmt die Rechte und Pflichten der Wallonischen Region, die sich auf die in Artikel 1 erwähnten Angelegenheiten beziehen, einschließlich der Rechte und Pflichten aus laufenden oder künftigen Gerichtsverfahren.

Im Streitfall kann die Wallonische Region oder die Deutschsprachige Gemeinschaft je nach Fall in den Rechtsstreit eingreifen oder die Behörde, die ihr Nachfolger ist bzw. deren Nachfolger sie ist, zum Rechtsstreit heranziehen.

Art. 5 – Die Deutschsprachige Gemeinschaft trägt zum Erreichen der aktuellen und künftigen europäischen Ziele in den Bereichen Energie und Klima bei und hält die sich daraus ableitenden Umsetzungs-, Planungs-, Monitoring-, Wirkungsprüfungs- und Berichtspflichten ein.

Die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft legen in Anwendung des Absatzes 1 mittels eines Zusammenarbeitsabkommens zumindest die folgenden Modalitäten fest:

1. die Definition der jeweiligen Beiträge und Verpflichtungen der beiden Entitäten;
2. die Gewährleistung der Kohärenz der Strategien, Politiken und Maßnahmen, die den beiden Entitäten obliegen;
3. die Organisation und die Verfassung der Pläne und Berichte, die für die Europäische Union oder die Organisation der Vereinten Nationen bestimmt sind;
4. die Bestimmung der anwendbaren Strafen im Falle einer Nicht-Beachtung der jeweiligen Beiträge und Verpflichtungen.

Art. 6 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2020 in Kraft, vorausgesetzt, ein vom Parlament der Wallonischen Region verabschiedetes gleichlautendes Dekret tritt ebenfalls an diesem Datum in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur proposition du Ministre-Président;

Après consultation,

Arrête :

Le Ministre-Président est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DÉCRET RELATIF À L'EXERCICE, PAR LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE, DE CERTAINES COMPÉTENCES DE LA RÉGION WALLONNE EN MATIÈRE D'ÉNERGIE

CONTENU

Par le présent décret, l'exercice de certaines compétences de la Région wallonne en matière d'énergie est transféré à la Communauté germanophone.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	1
Explications générales	1
Commentaire des articles	2
Avant-projet	4

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le transfert de certaines compétences de la Région wallonne vers la Communauté germanophone fait suite à la volonté de cette dernière d'adapter les politiques et mesures entourant la matière énergie aux spécificités démographiques et culturelles du territoire de langue allemande.

Par pragmatisme, et partant, dans un souci de mise en œuvre efficiente du principe de subsidiarité, la Région wallonne et la Communauté germanophone ont néanmoins décidé de limiter le champ du transfert de compétences en matière d'énergie aux seules politiques ayant trait à la promotion de la chaleur produite à partir de sources d'énergie re-

nouvelables ainsi qu'à l'accompagnement vers une plus grande efficience énergétique et de son utilisation rationnelle, notamment par le biais de leur subventionnement.

Dès lors, et afin d'éviter une démultiplication normative, il est convenu que la législation wallonne régissant le secteur énergétique continuera d'être appliquée sur l'ensemble du territoire wallon, y compris, celui de langue allemande.

Un accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone :

1° définit les contributions et les engagements respectifs des deux entités;
2° garantit la cohérence des stratégies, politiques et mesures qui incombent aux deux entités;
3° organise la rédaction des plans et rapportages à destination de l'Europe ou de l'ONU (UNFCCC);
4° définit les pénalités applicables en cas de non-respect des contributions et engagements respectifs.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1er

Le présent article vise les différentes compétences exercées jusqu'à présent par la Région wallonne en matière d'énergie et faisant l'objet d'un transfert vers la Communauté germanophone.

Le Parlement et Gouvernement de la Communauté germanophone exerceront dès lors les compétences de la Région wallonne sur le territoire de langue allemande en matière :

1° d'octroi de subventions aux ménages en vue de la promotion de la chaleur produite à partir de sources renouvelables;
2° d'octroi de subventions aux personnes de droit public et aux organismes non commerciaux en vue de la promotion de la chaleur produite à partir de sources renouvelables ;
3° d'octroi de subventions aux ménages à revenu modeste, en vue de réaliser des économies d'énergie;
4° d'octroi de subventions aux ménages en vue d'améliorer la performance énergétique de leur logement;
5° d'octroi de subventions aux personnes de droit public et aux organismes non commerciaux en vue de la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie ou des énergies renouvelables;
6° d'octroi de subventions relatives à l'audit énergétique des logements.

Article 2

Cet article précise que le transfert des compétences n'implique aucun transfert de biens ni de personnel.

Article 3

Cet article précise les modalités entourant la dotation octroyée à la Communauté germanophone par la Région wallonne relativement au transfert de l'exercice des compétences visées à l'article 1er.

La dotation sera ainsi inscrite au budget de la Région wallonne dès l'année 2020 pour un montant initial fixé à 915.815 euros, montant qui sera adapté annuellement au taux de fluctuation de l'indice moyen des prix à la consommation de l'année budgétaire concernée et à 55 % de la croissance réelle du produit intérieur brut de l'année budgétaire concernée.

La dotation sera versée au plus tard le premier jour ouvrable du mois de mai de l'année concernée.

En cas de dépassement de ce délai, la Communauté germanophone pourra, après avoir notifié cette situation à la Région wallonne, contracter un emprunt auprès d'un organisme de crédit préalablement désigné avec l'accord de la Région wallonne. Le régime financier de cet emprunt doit faire l'objet d'une convention préalablement conclue entre les Gouvernements et l'organisme de crédit concerné.

Cet emprunt bénéficie de plein droit de la garantie de la Région wallonne et le service financier dudit emprunt est directement à charge de la Région wallonne.

Article 4

La Communauté germanophone succède aux droits et obligations de la Région wallonne relatifs aux matières visées à l'article 1er, en ce compris les droits et obligations résultant de procédures judiciaires en cours et à venir. En cas de litige, la Région wallonne ou la Communauté germanophone peuvent, selon les cas, intervenir à la cause ou appeler à la cause l'autorité qui lui succède ou à laquelle elle succède.

La Communauté germanophone participe également à l'atteinte des objectifs européens actuels et à venir en matière d'énergie et de climat. Elle respecte également les obligations relatives à la transposition, planification, monitoring, vérification de l'impact et de rapportage découlant de ceux-ci. La répartition des objectifs sera précisée par un accord de coopération.

Les directives correspondantes aux objectifs sont notamment :
- Paquet Énergie Climat 3 fois 20% à l'horizon 2020
- Accords de Paris UNFCCC COP 21 en matière de réduction des impacts climatiques
- Cadre pour l'énergie et le Climat à l'horizon 2030 et au-delà, plus spécifiquement le Règlement Gouvernance 2030, avec ses plans d'action énergie et climat et leur suivi bisannuel
- Feuille de route bas carbone à l'horizon 2050
- Directive efficacité énergétique 2012/27/EU révisée, en particulier dans le secteur résidentiel et tertiaire
- Directive performance énergétique des bâtiments 2010/31/EU révisée, en particulier via la Stratégie de Rénovation du parc de bâtiments wallons
- Directive Sources d'énergie renouvelables 2009/28/EU révisée, en particulier pour la chaleur renouvelable

Toute autre mesure ou législation existante ou à venir en lien avec l'efficacité énergétique et la chaleur renouvelable dans les bâtiments résidentiels et tertiaires.

Article 5

Un accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone :

1° définit les contributions et les engagements respectifs des deux entités;

2° garantit la cohérence des stratégies, politiques et mesures qui incombent aux deux entités;

3° organise la rédaction des plans et rapportages à destination de l'Europe ou de l'ONU (UNFCCC);

4° définit les pénalités applicables en cas de non-respect des contributions et engagements respectifs.

Article 6

Cet article fixe la date d'entrée en vigueur du présent décret au 1er janvier 2020 tout en la conditionnant à l'adoption par le Parlement de la Région Wallonne d'un décret identique entrant en vigueur à cette même date.

Le Ministre-Président
O. PAASCH

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière d'énergie

Article 1er – La Communauté germanophone exerce, sur le territoire de la région de langue allemande, les compétences suivantes de la Région wallonne dans la matière de la politique de l'énergie :

1° au titre de l'article 6, § 1er, VII, alinéa 1er, f), de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, ci-après dénommée la loi spéciale :

a) les subventions octroyées aux ménages en vue de la promotion de la chaleur produite à partir de sources renouvelables;

b) les subventions octroyées aux personnes de droit public et aux organismes non commerciaux en vue de la promotion de la chaleur produite à partir de sources renouvelables;

2° au titre de l'article 6, § 1er, VII, alinéa 1er, h) de la loi spéciale :

a) les subventions octroyées aux ménages à revenu modeste, en vue de réaliser des économies d'énergie;

b) les subventions octroyées aux ménages, en vue d'améliorer la performance énergétique de leur logement;

c) les subventions octroyées aux personnes de droit public et aux organismes non commerciaux en vue de la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie ou des énergies renouvelables;

d) les subventions relatives à l'audit énergétique des logements.

Le Parlement et le Gouvernement de la Communauté germanophone exercent les compétences de la Région wallonne qui se rapportent à la matière visée à l'alinéa 1er.

Art. 2 – Le transfert de l'exercice de la matière visée à l'article 1er se réalise sans transfert de biens et sans transfert de personnel.

Art. 3 – § 1er – Relativement au transfert de l'exercice des compétences visées à l'article 1er, une dotation annuelle, inscrite au budget de la Région wallonne dès l'année 2020, est octroyée à la Communauté germanophone.

§ 2 – Le montant de base de la dotation annuelle visée au paragraphe 1er correspond à 915 815 euros.

§ 3 – À partir de l'année budgétaire 2021, le montant attribué pour l'année budgétaire précédente est adapté annuellement au taux de fluctuation de l'indice moyen des prix à la consommation de l'année budgétaire concernée et à 55 % de la croissance réelle du produit intérieur brut de l'année budgétaire concernée conformément aux modalités visées à l'article 33, § 2, de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions.

§ 4 – La dotation est versée au plus tard le premier jour ouvrable du mois de mai de l'année concernée.

§ 5 – En cas de dépassement du délai fixé au paragraphe 4 et après notification de cette situation à la Région wallonne, la Communauté germanophone a le droit de contracter un emprunt auprès d'un organisme de crédit préalablement désigné de l'accord de la Région wallonne.

Cet emprunt bénéficie de plein droit de la garantie de la Région wallonne. Le régime financier de cet emprunt fait l'objet d'une convention générale préalablement conclue entre les Gouvernements et l'organisme de crédit concerné.

Le service financier de cet emprunt est directement à charge de la Région wallonne.

Art. 4 – La Communauté succède aux droits et obligations de la Région wallonne relatifs à la matière visée à l'article 1er, en ce compris les droits et obligations résultant de procédures judiciaires en cours et à venir.

En cas de litige, la Région wallonne ou la Communauté germanophone peut, selon le cas, intervenir à la cause ou appeler à la cause l'autorité qui lui succède ou à laquelle elle succède.

Art. 5 - La Communauté germanophone est solidaire dans l'atteinte des objectifs européens actuels et à venir, en matière d'énergie et de climat, ainsi que dans le respect des obligations de transposition, de planification, de monitoring, de vérification d'impact et de rapportage qui en découlent.

Les modalités d'application de l'alinéa 1er sont définies par un accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone, qui a pour objet, au minimum :

1° de définir les contributions et les engagements respectifs des deux entités;

2° de garantir la cohérence des stratégies, politiques et mesures qui incombent aux deux entités;

3° d'organiser la rédaction des plans et rapportages à destination de l'Europe ou de l'ONU (UNFCCC);

4° de définir les pénalités applicables en cas de non-respect des contributions et engagements respectifs.

Art. 6 – Le présent décret entre en vigueur le 1er janvier 2020, pour autant qu'un décret ayant le même objet adopté par le Parlement de la Région wallonne entre également en vigueur à cette date.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH